

Einführung: Völkermühle Europas

Migrationen an Rhein und Mosel

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir begreifen Zuwanderung als Chance, ohne die damit verbundenen Herausforderungen zu übersehen. In den letzten Jahren haben wir bei der Teilhabe von Zuwanderern und dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft wesentliche Fortschritte erzielt. Migranten leisten einen bedeutenden Beitrag zum Wohlstand und zur kulturellen Vielfalt unseres Landes. Leitlinie der Integrationspolitik bleibt Fördern und Fordern. Wir erwarten, dass Angebote zur Integration angenommen werden. Jedoch ist Integration ein Prozess, der allen etwas abverlangt. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für alle gilt selbstverständlich die Werteordnung des Grundgesetzes.«

Diese Sätze stehen im Ende 2013 beschlossenen Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung am Anfang des Kapitels »Integration und Zuwanderung gestalten«. Die Tinte war kaum getrocknet, da brach zwischen den Regierungsparteien Streit um Fragen und Probleme der Zuwanderung offen aus. Als im Jahre 2013 der Koalitionsvertrag ausgehandelt und zeitlich parallel die Veranstaltungsreihe des Instituts für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz (IGL) konzipiert und geplant wurde, ahnte kaum jemand, in welcher bedrängender Weise das Thema Migration die politische Debatte und das individuelle Befinden der meisten Menschen nicht nur in Deutschland in den kommenden Jahren prägen würde.

In Deutschland, in vielen europäischen Nachbarländern und weltweit trugen wachsende Migrationsströme sowie deren populistische Wahrnehmung und Instrumentalisierung dazu bei, dass aus Wahlen rechtsradikale bzw. rechtspopulistische Kräfte gestärkt hervorgingen. Die Mittelmeerinsel Lampedusa wurde über Italien hinaus zum Fanal für das Versagen von Flüchtlings- und Migrationspolitik und zum Symbol damit einhergehender menschlicher Tragödien.

In den Debatten schwingt die Angst vor Überfremdung durch Migranten immer wieder mit, zugleich wurden die öffentlichen Diskurse in Deutschland zunächst in erster Linie mit ökonomischen Argumenten und mit Blick auf wirtschaftliche Interessen geführt. Die einen befürchteten den

Missbrauch von Sozialleistungen und eine überbordende Belastung der sozialen Sicherungssysteme. Sie verwiesen auf jene Kommunen, bei denen die »Armutswanderung« – wie von der Bundesregierung ausdrücklich konstatiert – zu »erheblichen sozialen Problemlagen bei der Integration, Existenzsicherung, Unterbringung und Gesundheitsversorgung« führe. Die Bewohner vieler Länder, aus denen massenhafte Migration befürchtet wurde, sahen sich als »Sozialtouristen« verleumdet. All dies nährte alte Stereotypen, Vorurteile und Klischees des Fremden-, des Nachbarschaftshasses, die vor wenigen Jahren unter europäischen Nachbarn noch als weitgehend überwunden galten.

Andere sahen und sehen in der Zuwanderung mehr Chancen als Risiken und gehen davon aus, dass sie mittel- und langfristig wirtschaftlich bei gleichzeitigem Schrumpfen der eigenen Bevölkerung vorteilhaft sei. Dabei wird darauf verwiesen, dass die notwendige Zahl von Erwerbstätigen, welche eine entscheidende Grundlage für die herausragende Rolle der deutschen Wirtschaft in der Welt darstelle, nur dank Zuwanderung erreicht werde. Unter den einheimischen Arbeitslosen könnten viele der benötigten qualifizierten Arbeitskräfte nicht mehr rekrutiert werden. Verwiesen wurde darauf, dass populistische Diskurse jene »Willkommens- und Anerkennungskultur« zerstörten, zu deren Stärkung sich auch die Bundesregierung im Werben um ausländische Fachkräfte ausdrücklich bekannte. Zu ihr – so der Koalitionsvertrag – gehöre »die interkulturelle Öffnung von Staat und Gesellschaft«, und die Koalitionäre plädieren explizit dafür, »Vielfalt als Chance« zu begreifen und interkulturelle Kompetenz nicht zuletzt in den staatlichen Behörden zu stärken.

Es geht insgesamt auch um die Frage, ob das in Europa grundsätzlich verankerte Prinzip der Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden soll. Unbestritten dürfte sein, dass mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit eine der Grundfreiheiten des europäischen Einigungsprozesses und damit Prinzipien der europäischen Einigung zur Debatte stehen.

Viele sind sich glücklicherweise darin einig, dass eine Versachlichung der Debatte dringend notwendig ist. Noch ist eine Gesamtbewertung unter wirtschaftlichem Blickwinkel nicht möglich; vorliegende Untersuchungen bestätigen aber nicht die Befürchtungen, der Wohlfahrtsstaat werde flächendeckend bedroht. Ein Zusammenhang zwischen der Einwanderungsquote beispielsweise und der Struktur und Höhe der Sozialausgaben lässt sich auch über Deutschland hinaus derzeit nicht nachweisen. Wenn die Integration vieler Migranten gelingt und Grenzen der Belastbarkeit benannt und akzeptiert werden, erscheint es möglich, dass die Integration von Arbeitskräften langfristig Herkunfts- und Zielländern wirtschaftlich nutzen könnte.

Mit der Vortragsreihe des Jahres 2014 und der daraus entstandenen Publikation lud das IGL dazu ein, diese notwendigen Debatten nicht nur

unter einem wirtschaftlichen Blickwinkel zu führen, sie vielmehr mit aus der Migrationsgeschichte schöpfenden Perspektiven und Argumenten zu bereichern. Wenngleich Migrationen, und das heißt auf Dauer angelegte räumliche Bewegungen von Einzelpersonen und Gruppen mit der Veränderung des jeweiligen Lebensmittelpunktes, seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts weltweit deutlich zugenommen haben und auf Jahre hinaus zu erheblichen Problemen führen werden, handelt es sich bei ihnen doch um kein neues Phänomen. Daher erscheint es sinnvoll, auch mit Blick in die Vergangenheit zu fragen: Mit welchen sozialen Kosten waren diese Vorgänge in früheren Epochen verbunden, wie waren damals Risiken und Chancen verteilt? In welcher Weise führten (nicht selten gewaltsame) Wanderungen zu Destruktionen, gelang aber auch Integration, trugen Migrationen zu kultureller Bereicherung bei?

Von der Zeit der Romanen, Franken und Alemannen an bieten die Beiträge des Bandes vielfältige Beispiele für Prozesse der Assimilation und der Integration. So machen Marietta Horster und Arno Braun anhand der Auswertung von Funden deutlich, dass in der Übergangszeit des 4. und 5. Jahrhunderts n. Chr. vor der Herausbildung der neuen und fest etablierten Reiche die Begriffe Germanen, Franken, Alamannen, Römer und Romanen zur Charakterisierung der Gesellschaft und Kultur am Mittelrhein dieser Umbruchphase kaum geeignet sind, da keine klare Abgrenzung zwischen vormaligen Eroberern und Eroberten mehr auszumachen ist. Auch Franz J. Felten, der sich mit der Frage auseinandersetzt, »wer blieb und wer kam in der ›Völkerwanderung‹ in unser Land hinzu?«, sieht keine scharfe Trennung zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen und beschließt seinen Beitrag: »Auch ein auf seine Herkunft und seinen Stand stolzer Abkömmling einer galloromanischen Senatorenfamilie wie Gregor von Tours bestätigt, dass im neuen Frankenreich auch die Romanen, Burgunder und Westgoten Teil des neuen fränkischen Reiches und Volkes geworden sind.«

Den komplexen Fragen der jüdischen Migration in den mittelalterlichen Rheinlanden widmet sich Matthias Schmandt. Er geht dem wechselhaften Verlauf der jahrhundertelangen unterschiedlichen Initiativen zur Ansiedlung von Juden nach. Einerseits wurde diese Politik von verschiedenen Landesherren forciert, da sie ihnen zum Vorteil gereichte. Andererseits kam es immer wieder zu Pogromen und Vertreibungen der Juden aus einzelnen Städten und Territorien, und es wurde nie eine vollständige Assimilation erreicht, da ein »Abgrenzen (...) letzten Endes erst die Aufrechterhaltung jüdischer Identität unter den Bedingungen der Diaspora« ermöglichte. Dass schon in der Frühen Neuzeit ein »europäischer Binnenmarkt« existierte, führt Christiane Reves aus, indem sie die damaligen Netzwerke italienischer Händler zwischen Rhein, Main und Mosel beleuchtet. Ins 20. Jahrhundert führt schließlich der

Beitrag von Ute Engelen. In einem Vergleich der zwei großen Industriebetriebe BASF in Ludwigshafen und Schott in Mainz beleuchtet sie die Zuwanderung seit den späten 1950er Jahren, als »Gastarbeiter« in großer Zahl nach Rheinland-Pfalz geholt wurden und – anders als anfangs geplant – viele von ihnen auf Dauer blieben.

Gunther Nickel nähert sich dem Thema von der literarischen Seite. Jene Metaphern, welche der in Nackenheim (Rheinhausen) geborene Schriftsteller Carl Zuckmayer (1896–1977) in seinem Werk »Des Teufels General« vom Rhein als großer Völkermühle, als »der Kelter Europas« prägte, erscheinen besonders geeignet, jene zahlreichen Personen, Gruppen und Völker in Erinnerung zu rufen, welche entlang der Flussachsen von Rhein und Mosel im Laufe der Jahrhunderte siedelten und die dortige Kultur mit prägten: römische Soldaten und Händler, fränkische Adelige, jüdische Gelehrte, italienische Pomeranzhändler und Künstler, französische Offiziere und Architekten, italienische Pizzabäcker, türkische und portugiesische Fabrikarbeiter und Gemüsehändler, polnische Erntearbeiter.

Migrationen werden in etlichen kulturwissenschaftlichen Disziplinen derzeit als mögliche »Anker- und Fluchtpunkte« einer allgemeinen europäischen Erinnerungskultur diskutiert; allerdings ist diese Diskussion auf die Überprüfung von lokalen und regionalen Befunden angewiesen. Gerade im Rhein-Main-Gebiet ist die Zahl der Menschen, die einen so genannten Migrationshintergrund aufweisen, sehr hoch. Zuckmayers Metapher suggeriert eine besondere Intensität von Migrationen in diesem Raum, welche durch unterschiedliche (kriegerische, religiöse, politische, soziale, wirtschaftliche) Faktoren ausgelöst wurden, nicht erst für die Gegenwart, sondern auch für die Vergangenheit. Dabei geht es nicht nur um (ausgewählte) Migrationsabläufe und die mit ihnen einhergehenden kulturellen Prägeprozesse. Von Interesse sind vielmehr auch variantenreiche und bisweilen konträre Deutungsprozesse solcher Vorgänge, zeitgenössische Interpretationen und ethnische Zuschreibungen ebenso wie später (wie von Carl Zuckmayer) geschaffene Konstrukte.

Das vom IGL gewählte Thema erscheint in besonderer Weise geeignet, ein Grundanliegen der Arbeit des Instituts deutlich werden zu lassen, nämlich die Erforschung und Vermittlung lokaler und regionaler historischer Phänomene im europäischen Kontext. Zugleich gestattete die Epochen übergreifend und interdisziplinär ausgerichtete Veranstaltungsreihe die Diskussion kulturhistorischer Fragestellungen im jeweiligen thematischen Rahmen.

Die Vortragsreihe profitierte von zahlreichen engagierten Kooperationspartnern. Im Haus am Dom fühlen wir uns seit vielen Jahren als Gäste wohl, der Dank geht an den Erbacher Hof – Akademie und Tagungszentrum des Bistums Mainz. Gedankt sei auch der Generaldirektion Kulturelles Erbe, der

Direktion des Landesmuseums Mainz. Drei Arbeitsbereiche bzw. Institute der Johannes Gutenberg-Universität waren an der Veranstaltungsreihe beteiligt: der Arbeitsbereich Mittlere und Neuere Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte sowie der Arbeitsbereich Alte Geschichte im Historischen Seminar, ferner das Geographische Institut. Zu danken ist auch dem Museum am Strom in Bingen, dem Landtag Rheinland-Pfalz, der Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz sowie dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen. Eine besondere Freude war es, dass Christine Eckert und Günter Beck den Vortrag zu Carl Zuckmayer literarisch und musikalisch ergänzt haben. Zuletzt gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Instituts, besonders den engagierten Studierenden für die hervorragende Organisation und Durchführung der Vortragsreihe sowie Dr. Hedwig Brüchert für die sorgfältige Redaktion der Beiträge und die Vorbereitung des Bandes für den Druck.

Mainz, im März 2017

Michael Matheus